5. Abgeordneter **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es zutreffend, dass der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, Dr. Helge Braun, über die Tagesordnung des Treffens der G7-Außenminister am 13./14. April 2015 in Lübeck nicht informiert war und deshalb die Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4493 nicht wahrheitsgemäß beantwortet hat, oder wollte die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vorsätzlich verschweigen, dass schon zu diesem Zeitpunkt klar war, dass eine vom Auswärtigen Amt bereits im Frühjahr 2014 für dieses Treffen in Auftrag gegebene Studie zu Klimawandel und Sicherheitspolitik auf der Tagesordnung stehen würde (www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2015/150414_Klimastudie.html)?

Antwort des Staatsministers Dr. Helge Braun vom 29. April 2015

Die konkrete Tagesordnung des G7-Außenministertreffens stand zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage noch nicht fest. Im Übrigen standen beim G7-Außenministertreffen am 14./15. April in Lübeck aktuelle außenpolitische Fragen im Vordergrund der Beratungen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

6. Abgeordneter **Jan van Aken** (DIE LINKE.)

Für den Reexport welcher Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter in den Irak hat die Bundesregierung seit dem 1. Oktober 2014 Genehmigungen erteilt (bitte jeweils mit Angabe der genauen Bezeichnung des Rüstungsgutes, des Datums der Entscheidung bzw. Reexportgenehmigung, des Herkunftslands, der Stückzahl und ggf. des Werts)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke vom 4. Mai 2015

Die Bundesregierung hat seit dem 1. Oktober 2014 lediglich dem Reexport aus Tschechien von 280 Schützenpanzern des Typs BMP-1 aus ehemaligen NVA-Beständen (NVA – Nationale Volksarmee) am 27. März 2015 in den Irak zugestimmt. Angaben zum Verkaufspreis der Fahrzeuge liegen der Bundesregierung nicht vor. Hierbei handelt es sich um Kriegswaffen. Für sonstige Rüstungsgüter wurden keine Zustimmungen für Reexporte in den Irak erteilt.